

Antrag Nr. 17-F-21-0038

SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Einmaliger Zuschuss für das Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 26.04.2017 -

Antragstext:

Der aktuelle Bericht zum Sachstand und Bedarf 2016/17 des Handlungsprogramms an den Jugendhilfeausschuss hat noch einmal die bedrückende Aktualität des Themas bestätigt. Trotz vielfältiger Maßnahmen und erster beachtenswerter Fortschritte in der Bildungsbeteiligung herkunftsbenachteiligter junger Menschen in Wiesbaden besteht nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf.

Insbesondere der Ausbau der zielgruppenorientierten Elternbildung auf die Eltern mit Grundschulkindern und die Einrichtung eines weiteren KinderElternZentrums (KiEZ) sind wesentliche Handlungsfelder, die umgehend angepackt werden sollen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 200.000 € im Rahmen des Handlungsprogramms zum Abbau der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017, die Mittel sind ggfls. zur Sicherung der Nachhaltigkeit nach 2018 zu übertragen.

Wiesbaden, 26.04.2017

Simon Rottloff
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Daniela Singh
Fraktionsreferentin

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Ralf Wagner
Fraktionsreferent

Karl Braun
Fachsprecher
(Fraktion Bündnis 90/
Die GRÜNEN)

Matthias Schulz
Fraktionsreferent